

6. Mai - Anlaß zur inneren Aufrüstung Zum Diekmann-Papier

Wenn anlässlich der Wiederkehr des Tages, an dem der 2. Weltkrieg begann, für den Frieden demonstriert wird, so wird hier nur der Staffettenstab der 15000 Demonstranten des 6. Mai weitergereicht. Das Krakeln der bürgerlichen Öffentlichkeit und der staatstragenden Kräfte über die Ausschreitungen sollte nur die hohen Ziele der Demonstranten diffamieren. Waren doch die Herren so erschrocken darüber, daß so viele Menschen gegen den Wahnsinnigen Aufmarsch mit Raketen, Atomwaffen und chemischen Waffen auf die Straße gingen und gegen die drohende Vernichtung der Menschheit demonstrierten. Über den Kreis der Teilnehmer hinaus wurden die Ziele der Kriegsgegner nur dort ernsthaft diskutiert, wo Demonstranten sich ihren Kollegen am Arbeitsplatz in Diskussionen stellten.

In den parlamentarischen Untersuchungsausschüssen und in den Medien dagegen wurden diese Ziele der beteiligten Menschen ausgeklammert und nur nach "Schuldigen" gesucht. Doch kaum war der Spitzzeleinsatz der Geheimdienste ruchbar geworden, als auch schon die Untersuchung eingestellt wurde. Waren etwa Agenten -als KBW- und Jusomitglieder getarnt- nicht nur an Vorbereitungen beteiligt? Wir wissen es nicht, wir können es nur vermuten, denn die Praxis der Geheimdienste, Agenten als Provokateure einzusetzen, wurde offiziell, ohne Protest der etablierten Parteien, abgesegnet.

Was in Wirklichkeit angegriffen wird, sind die spontanen Proteste aus Teilen der SPD und das Bündnis der Jusos mit linken Gruppen. Dieses Bündnis hat dem Protestpotential der Bevölkerung ein breites Bett gegraben, es hat dieses Potential nicht geschaffen, aber seine Entfaltung begünstigt. Damit hat der 6. Mai gezeigt, wie wichtig es für die Herrschenden ist, daß politischer Protest auf "kleine, kommunistische, sektiererische und kriminelle Gruppen" beschränkt bleibt. Die damit verbundene Diffamierung und Kriminalisierung ist der Versuch, die Friedensbewegung zu diskreditieren.

Unter den Stellungnahmen gegen die Demonstration am 6. Mai verdient eine unsere besondere Aufmerksamkeit; die des Polizeipräsidenten Diekmann. Den Demonstranten lag die Friedenssicherung am Herzen, sie wollten der weiteren Militarisierung und Aufrüstung Westdeutschlands entgegentreten. Dagegen offenbarten die innenpolitischen Ziele des sozialdemokratischen Polizeipräsidenten, daß er, während die internationale Entwicklung auf die Vernichtung der Menschheit in einem 3. Weltkrieg zusteuert, die Ruhe im Lande durch Schaffung eines Klimas der inneren Aufrüstung herstellen will.

Diekmann hatte sein Papier bereits am 4.7.80 den SPD-Innendeputierten vorgetragen, wobei er als Sprecher einer Gruppe hoher Polizeioffiziere auftrat. Diekmann beschreibt eine frustrierte, demotivierte, durch Politiker ständig behinderte Polizei sowie Bevölkerungsgruppen, die unterstützt von Politikern dieser Polizei ständig ans Schienensein treten. Insgesamt hält er die innenpolitische Situation für "unbalanciert, ja fast zerbrechlich". Zur Ausländerkriminalität stellt Diekmann die Frage, ob die latente kriminelle Energie, die unter den Asylbewerbern feststellbar sei, "auch hingenommen werden müsse unter dem Gesichtspunkt der Erhaltung der eigenen nationalen Existenz." Als Farce bezeichnet der Polizeipräsident "offiziöse und sogar offizielle Verhandlungen", die mit Hausbesetzern aufgenommen werden. "Die Folge einer solchen Politik ist, daß man aus der Sicht der Polizei Rechtsbrecher hoffähig macht". Diekmann kritisiert weiter den "Naturschutzpark Universität", und er meldet Bedenken gegen eigenmächtige Bevölkerungsinitiativen wie Straßenfeste und Verkehrsberuhigung an". (FR vom 17.7.80) Zu dieser Zusammenfassung noch einige weitere Zitate aus diesem Papier selbst: "Im Grunde haben wir das Demonstrationsgeschehen nicht mehr in der Hand". "dazu gehört auch die Feststellung, daß nach meiner Meinung die Polizei gegenwärtig ihren gesetzlichen Auftrag nicht oder nur unzureichend erfüllt".

Diese ...atmosphärischen Bedingungen führen zu einer tiefen Verunsicherung in der Polizei. Es breitet sich das Gefühl der Orientierungslosigkeit aus, weil jede Richtungsweisung fehlt. Das, was man Linie nennt, bleibt nicht erhalten". "Und es muß hier ganz deutlich gesagt werden, daß nicht nur in der Bevölkerung, sondern insbesondere in der Polizei der Eindruck vom schlappen Staat entsteht". "Es mag andere Einsatzerfordernisse geben, die wir uns gegenwärtig noch nicht auszumalen vermögen, für deren Entstehen aber auch heute schon gewisse Indizien vorliegen, die es einfach erforderlich machen werden, möglichst schnell und möglichst unkompliziert über möglichst viel Einsatzmittel, Ausrüstungsmittel und Personalkapazität im Interesse der Sicherheit zu verfügen".

Am 18.7.80 tagte eine SPD-Krisensitzung in der Glocke mit 140 Funktions- und Basisvertretern. Innensenator Fröhlich wurde in einer "Woge der Solidarität" das Vertrauen ausgesprochen, Diekmann dagegen hart kritisiert: Das Papier habe einen "vordemokratischen und obrigkeitsstaatlichen Gehalt", sei ein "Dokument des 19. Jahrhunderts" und ein Beweis für ein "längst überwundenes obrigkeitsstaatliches Bewußtsein". "Die Bremer SPD so hieß es, werde es nicht hinnehmen, daß die von ihr favorisierte Politik hin zum engagierten Bürger, der seine Sache auch selbst in die Hand nehme, auf eine law-and-order-Schablone zurückgedreht werde". (Alle Zitate aus WK vom 21.7.80) Auf einer Pressekonferenz am 21.7.80 verkündete Fröhlich sein Bleiben im Amt und schwächte die Kritik an seinem Polizeipräsidenten stark ab. Sie könnten auch weiterhin vertrauensvoll zusammenarbeiten.

Angesichts solcher Schlußfolgerungen des Senators müssen wir uns fragen, welchen Wert die Kritik der SPD an Diekmann hat. Dieselbe SPD, die 1945 mit dem Versprechen antrat, nie wieder eine Rechtsentwicklung mit ihren unheilvollen Folgen zuzulassen, die versprach, die Bundeswehr, die Polizei, den gesamten Staatsapparat zu kontrollieren und mit ihrem demokratischen Geist zu durchdringen- dieselbe SPD peitscht nicht etwa die Exponenten der Rechtsentwicklung in Bundeswehr und Polizei aus ihren Ämtern, sie peitscht nur mit großen Worten die Luft. Wir fordern die SPD-Mitglieder auf, sich nicht von ihrer antimilitaristischen Einstellung abbringen zu lassen, sondern weiterhin aktiv mit allen Kriegsgegnern zusammenzuarbeiten.

Doch das SPD-Mitleid Diekmann steht mit seinen Forderungen nicht allein. Er ist in "guter" Gesellschaft. Am 6.8.80 forderte Hasselmann, der CDU-Landesvorsitzende von Niedersachsen, die Errichtung einer sogenannten Heimattruppe "neben den der NATO zugeordneten Bundeswehrkampfverbänden und den bereits bestehenden Territorialstreitkräften... Diese Truppe sollte "die Fläche decken und im Ernstfall die Lücken hinter den Fronten füllen". Rekrutiert werden könnte diese Truppe laut Hasselmann aus den "sogenannten weißen Jahrgängen" und von der Wehrpflicht befreiten Bürgern". (WK 7.8.80) Deutschland kennt derartige Verbände: die Bürgerwehren Anfang der zwanziger Jahre waren es (neben den Zeitfreiwilligen und der Schwarzen Reichswehr), die organisierte Arbeiter mit dem Gewehrkolben erschlugen. Hasselmann weiter: Derartige Verbände könnten ein Absinken der Antipathie in der Bevölkerung zu Verteidigungsfragen "bewirken und insofern "Krawalle wie in Bremen" vermeiden helfen". (WK 7.8.80) Wir stellen fest: CDU und Bremer Polizeiführung streben die innere Militarisierung an. Fröhlich kann mit Diekmann weiterhin vertrauensvoll zusammenarbeiten! Doch wir fragen uns: Wofür liegen der bestausgerüstetsten Polizei, die es hier je gegeben hat, Indizien vor, die "Einsatzerfordernisse ergeben, die wir uns gegenwärtig noch nicht auszumalen vermögen", die "es einfach erforderlich machen werden, möglichst schnell und möglichst unkompliziert über möglichst viele Einsatzmittel, Ausrüstungsmittel und Personalkapazität im Interesse der Sicherheit zu verfügen"? Meint Diekmann ein Ausweiten der Umweltschutzbewegung? Demonstrationen gegen die Herbstmanöver der NATO? Meint er Aktionen der Arbeiter zum Schutz ihrer Arbeitsplätze bei kommenden Entlassungen?